

Wahlprogramm
zur Europawahl 2004
der Freien Demokratischen Partei

**„Wir können Europa besser!
Für ein freies und faires Europa“**

(Beschlossen auf dem Europatag
in Saarbrücken am 17. Januar 2004)

The background of the entire image is the European Union flag, featuring a blue field with twelve yellow five-pointed stars arranged in a circle. The flag is shown with a slight ripple, giving it a three-dimensional appearance.

WIR
machen Programm!

FDP

Die Liberalen

www.fdp-europawahl.de
info@fdp.de

**WIR KÖNNEN EUROPA BESSER!
– FÜR EIN FREIES UND FAIRES EUROPA –**

Programm der FDP zur Europawahl 2004

beschlossen auf dem Europatag am 17. Januar 2004 in Saarbrücken

Inhalt:	Seite
Wir können Europa besser	5
1. Die EU und ihre Nachbarn: Wie geht es weiter?	9
2. Eine Verfassung für Europa: Wann darf das Volk mitentscheiden?	13
3. Osterweiterung: Welche Chancen bietet sie?	17
4. Finanztransfers in Europa: Wie können wir die Lasten gerecht verteilen?	21
5. Der Euro und die Finanzen Europas: Wie erhalten wir die Stabilität?	23
6. Europas Wirtschaft: Wie schaffen wir mehr Arbeitsplätze?	27
7. Sozialpolitik: Wie schaffen wir ein faires Europa?	33
8. Bildungspolitik: Wie bilden wir Europa?	37
9. Bürokratie in Europa: Wie viel ertragen wir?	41
10. Der Landwirt als Unternehmer: Wie wird unsere Landwirtschaft wettbewerbsfähig?	43
11. Wie viel Verbraucherschutz braucht Europa und wo bleibt der mündige Bürger?	45
12. Umwelt: Wie halten wir Europa sauber?	47
13. Bürgerrechte und Innere Sicherheit: Wie kann Europa beides gewährleisten?	51
14. Außenpolitik und Entwicklungspolitik: Wie macht Europa die Welt sicherer und gerechter?	57
Europa von Generation zu Generation	63

Impressum:

FDP-Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 16
10117 Berlin
www.fdp-europawahl.de

Satz und Druck:
p.altmann-druck GmbH, Berlin

WIR KÖNNEN EUROPA BESSER!

Für ein freies und faires Europa

Die europäische Einigung ist ein Erfolgsmodell liberaler Politik. Sie hat nach dem Zweiten Weltkrieg die Völker Europas miteinander versöhnt, hat geholfen den Kalten Krieg zu beenden und die deutsche Einheit ermöglicht. Freiheit war die Grundlage dieses Erfolges. Individuelle Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Soziale Marktwirtschaft und freier Handel sind die Fundamente des europäischen Hauses. Die Bürger der Europäischen Union leben heute in einer modernen, weltoffenen Gesellschaft. Leistungsorientierung, hohe Bildungsstandards und offene Märkte haben den wirtschaftlichen Erfolg ermöglicht. Soziale Absicherung, Chancengerechtigkeit und Toleranz ermöglichen eine breite Teilhabe der Bürger an diesem Wohlstand.

Heute steht die EU vor neuen Herausforderungen.

Acht Länder **Mittel- und Osteuropas** werden am 1. Mai 2004 Mitglieder der Europäischen Union. Damit sind die Grundlagen für ein Zusammenwachsen ganz Europas gelegt. Genau wie zwischen den Alt-Mitgliedern wird dieser Prozess mit den neuen Mitgliedern Zeit brauchen und immer wieder neuer Initiativen bedürfen. Die FDP hat die Osterweiterung immer aktiv vorangetrieben. Sie wird sich jetzt dafür einsetzen, dass zusammenwächst, was zusammen gehört.

Der Europäische **Binnenmarkt** muss vollendet werden. Er ist der größte Wirtschaftsraum weltweit und Grundlage für unseren Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Die FDP wird sich im Europäischen Parlament

dafür einsetzen, dass Freiheit für Arbeitnehmer und Unternehmer, Wettbewerb und Soziale Marktwirtschaft weiter ausgebaut werden.

Zu diesem Binnenmarkt gehört eine stabile, einheitliche **Währung**. Die Verschuldung insbesondere in den großen Mitgliedstaaten muss abgebaut, die Inflation niedrig gehalten werden. Das ist die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der EU. Die FDP wird sich im Europäischen Parlament für die strikte Einhaltung der Verschuldungs- und Inflationskriterien und des Stabilitätspaktes, also der Maastricht-Kriterien, einsetzen.

Die Europäische Union muss ihre wirtschaftliche **Wettbewerbsfähigkeit** im globalen Umfeld immer wieder neu erobern. Im Zuge der Globalisierung stehen wir unter starkem Druck von dynamischen Ländern in Asien und Amerika, tragen aber auch Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern. Die FDP setzt auf Marktwirtschaft, freien Handel und die weltweite Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie als Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg aller Völker.

Unsere Stärke im globalen Wettbewerb liegt im hohen **Bildungsniveau** der Bürger und **technologischen Know-how der Unternehmen**. Diesen Vorsprung müssen wir ausbauen. Dazu muss sich die EU von der Subventionierung überkommener Wirtschaftszweige verabschieden. Als Liberale werden wir uns im Europäischen Parlament dafür einsetzen, dass finanzielle Mittel umgeschichtet werden und stärker in Forschung und Entwicklung investiert werden. Auch hier gilt das Subsidiaritätsprinzip: Der europäische Haushalt soll nur dann fördern, wenn nationale Maßnahmen das Förderungsziel nicht erreichen können. **Bildung** bleibt nationale Aufgabe. Abschlüsse müssen aber europaweit vergleichbar sein. Schüler und Studenten sollen die Chance haben, einen Teil ihrer Ausbildung in anderen europäischen Ländern zu absolvieren. Die FDP wird sich im Europäischen Parlament für eine bessere Vergleichbarkeit von Abschlüssen und mehr Austauschmöglichkeiten zwischen Schulen und Universitäten einsetzen.

Nur eine einzige europäische Stimme wird in der Welt auf die Dauer Gehör finden. Die Liberalen setzen sich schon lange **für eine gemeinsame Außenpolitik** ein, hier hat die EU aber auch noch ein gutes Stück Weg vor sich. Wir setzen uns für einen gemeinsamen EU-Sitz im Sicherheitsrat der UN und für die Schaffung einheitlicher europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl ein. Beides wird nur langfristig zu erreichen sein und setzt eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik voraus.

Politische Entscheidungen müssen so nah wie möglich beim Bürger gefällt werden. Das heißt, dass in Brüssel nur solche Entscheidungen getroffen werden dürfen, die für das bessere Funktionieren der Gemeinschaft notwendig sind. Alle anderen Entscheidungen sollen in den Ländern, Regionen und Gemeinden gefällt werden. Wie bereits schon in dem Entwurf über einen Europäischen Verfassungsvertrag vorgeschlagen, setzt sich die FDP für eine stärkere Rolle der nationalen Parlamente bei der Kontrolle über die Zuständigkeiten zwischen EU und Mitgliedsländern ein.

Wir Liberale haben die Vision eines Europas der Bürger. Politik muss von unten nach oben organisiert werden: erst der Bürger, dann die Gemeinde, dann das Land, dann der Bund, dann Europa. Wir wollen ein Europa, das seine Kraft aus der Beschränkung auf das Wesentliche schöpft. Wir Liberale wollen eine starke EU, die eine aktive Rolle zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt leistet.

Die EU bringt Deutschland viele Vorteile. Allerdings ist es auch Aufgabe der FDP, Ansprechpartner für berechtigte Kritik der Bürger an Europa zu sein. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass deutsche Interessen besser in Europa vertreten werden. Wir wollen nicht nur ein gemeinsames Europa, wir wollen vor allem ein besseres Europa – besser im Sinne der Freiheit. Wir können Europa besser, weil wir die zentralen Fragen der Bürgerinnen und Bürger beantworten.

Als die liberale Partei im größten Mitgliedsstaat der EU wird die FDP in Europa gebraucht, damit die Freiheit in Europa einen unverbrüchlich hohen Stellenwert erhält. Die FDP wird die liberale Fraktion im Europäischen Parlament verstärken. Gemeinsam mit unseren liberalen Kollegen aus der gesamten EU werden wir uns einsetzen für ein friedliches und freies Europa der Bürger, ein liberales Europa, das im Interesse der Menschen arbeitet und einen Platz im Herzen der Bürger findet. Wir wollen ein freies und faires Europa.

I. DIE EU UND IHRE NACHBARN: WIE GEHT ES WEITER?

Integration der neuen Mitgliedstaaten

Die Europäische Union steht jetzt vor der Aufgabe, ihre fortbestehende politische und ökonomische Handlungsfähigkeit auch mit 25 Mitgliedern unter Beweis zu stellen. Die Erweiterung der Europäischen Union darf auf keinen Fall die Vertiefung der Integration in Frage stellen. Nach dem Scheitern der Regierungskonferenz im Dezember 2003 darf jetzt nicht mit einem Kerneuropa oder mit einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten gedroht werden. Wenn der Verfassungsprozess noch eine Chance haben soll, dann dürfen diese Pläne erst aufgegriffen werden, wenn er endgültig gescheitert sein sollte.

Für eine umfassende Nachbarschaftspolitik

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die erweiterte Europäische Union eine wirksame und kohärente Nachbarschaftspolitik entwickelt. Die neuen Grenzen dürfen nicht zu Schutzwällen gegenüber den Nachbarstaaten werden. Wir wollen keine „Festung Europa“. Durch die Schaffung eines Raums gemeinsamer Werte auf der Basis freien Handels, wirtschaftlicher Integration und intensiver kultureller Beziehungen wollen wir Frieden, Sicherheit und Stabilität auf die Nachbarschaft der erweiterten Union ausdehnen.

Bei der konkreten Ausgestaltung der Nachbarschaftspolitik müssen die unterschiedlichen Problemlagen der Nachbarländer sowie die Perspektiven ihrer Beziehungen zur Europäischen Union berücksichtigt werden.

- Mit der Türkei gibt es seit 1999 eine Beitrittspartnerschaft. Vor der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen muss das Land – wie alle

anderen Beitrittskandidaten auch – die Menschenrechte, die Standards für den Schutz der Minderheiten in der Türkei sowie die demokratischen und wirtschaftspolitischen Anforderungen erfüllen, die von der Europäischen Union als Kriterien gesetzt worden sind. Die FDP erkennt die Fortschritte, die die Türkei in dieser Hinsicht bereits erzielt hat, an. Sie sieht aber nach wie vor erhebliche Defizite. Auch die Europäische Union ist derzeit nicht auf die Türkei vorbereitet. Die Türkei steht erst am Anfang eines tief greifenden Modernisierungsprozesses. In ihren Bemühungen, sich den Werten und den Regelungen der EU weiter anzunähern und die Reformen praktisch umzusetzen, muss die Türkei noch stärker als bisher auf die volle Unterstützung Deutschlands und der Europäischen Union zählen können. Ein Volksentscheid über den Beitritt der Türkei ist für die FDP nicht ausgeschlossen.

- Den Staaten des westlichen Balkans eröffnet der Vertrag über die Europäische Union grundsätzlich die Möglichkeit, die Aufnahme in die Europäische Union zu beantragen. Diese Möglichkeit hat die Europäische Union für die Balkanstaaten durch den Abschluss von Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen bereits konkretisiert. Die FDP unterstützt eine solche mittel- bis langfristige europäische Perspektive als entscheidende Voraussetzung für die dauerhafte Befriedung und Stabilisierung Südosteuropas. Politische und soziale Instabilität in diesen Ländern würde letztlich auch die Europäische Union selbst destabilisieren. Es liegt somit auch an den Reformanstrengungen der betroffenen Länder, in welchem Zeitrahmen diese Perspektive realisiert werden kann. Selbstverständlich muss in jedem Einzelfall über die grundsätzliche Frage des Beitritts eines dieser Staaten entschieden werden. Einige Staaten sind noch sehr weit vom Beitritt entfernt.

- Die südlichen Mittelmeeranrainer haben keine Beitrittsperspektive. Sie sind jedoch seit 1995 durch den sog. Barcelona - Prozess eng mit der Europäischen Union verbunden. Dieser beinhaltet die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone und sieht die Förderung von Stabilität, Frieden, Menschenrechten und Demokratie sowie den Aufbau freier Zivilgesellschaften vor. Die FDP unterstützt dieses Partnerschaftsangebot der Europäischen Union an ihre südlichen Anrainer. Sie begrüßt ausdrücklich die daraus resultierende wirtschaftliche Entwicklung der südlichen Nachbarn, den regelmäßigen politischen Dialog und die Zusammenarbeit in gesellschaftlichen und kulturellen Fragen. Für Deutschland und die Europäische Union bringt dieser Prozess Stabilität und Sicherheit.

Die FDP fordert:

- **eine schnelle Integration der neuen Mitgliedstaaten. Die Erweiterung der Europäischen Union darf nicht die Vertiefung der Integration in Frage stellen**
- **die strikte Einhaltung der Kopenhagener Kriterien bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union**
- **den engen Dialog mit der Türkei als wichtigen Partner Deutschlands und der Europäischen Union! Die Türkei hat deutliche Fortschritte auf ihrem Weg zu Europa gemacht; für eine weitere Annäherung an die Europäische Union müssen die bestehenden Defizite konsequent abgebaut werden**
- **die bestehenden Nachbarschaftskonzepte zu intensivieren! Sie sind ein Angebot für Stabilität und gemeinsame Zusammenarbeit in freundschaftlicher Nachbarschaft.**

2. EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA: WANN SOLL DAS VOLK MITENTSCHEIDEN?

Die Verfassung verwirklichen

Die FDP begrüßt, dass der vom Konvent vorgelegte Entwurf eines Verfassungsvertrags deutliche Fortschritte für die Entwicklung einer demokratischen, bürgernahen und transparenten Union bringt. Dieser war und ist ein akzeptabler Kompromiss, dem Liberale zustimmen können.

Den Bürger entscheiden lassen

In vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird der Bevölkerung die Gelegenheit gegeben werden über die Einführung einer Verfassung für Europa abzustimmen. In Deutschland bleibt die Entscheidung über einen Verfassungsvertrag den Volksvertretern in Bundestag und Bundesrat überlassen. Die FDP hatte einen Gesetzentwurf eingebracht, der die rechtlichen Voraussetzungen für einen Volksentscheid über den EU-Verfassungsvertrag schafft. SPD, CDU/CSU und Grüne haben diesen Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die FDP bleibt bei ihrer Auffassung, dass ein so bedeutender Schritt für unser Land durch die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger legitimiert werden sollte. Nur so wird es gelingen, die Idee der europäischen Einigung tiefer in den Herzen der Menschen zu verankern.

Den Verfassungsentwurf weiterentwickeln

Das Europäische Parlament muss weiter gestärkt werden. Beispielsweise muss das Mitentscheidungsverfahren zur Regel werden. Das Parlament muss auch das Entscheidungsrecht bei der Aufstellung des gesamten EU-Haushalts, bezogen auf die Ausgabenseite, bekommen. Dies ist das Königsrecht für jedes Parlament. Bisher darf das Parlament den Präsidenten der Kommission auf Vorschlag des Europäischen Rates nur bestätigen oder ablehnen. Das geht der FDP nicht weit genug. Hier fordert die FDP mehr: Das Europäische Parlament muss zusätzlich ein eigenes Vorschlagsrecht für den Präsidenten der Kommission erhalten sowie die Möglichkeit haben, diesen im Wege eines konstruktiven Misstrauensvotums abzuwählen. Darüber hinaus braucht das Europäische Parlament ein einheitliches Wahlverfahren in allen Mitgliedstaaten und die weitest mögliche Durchsetzung des Prinzips ‚one person – one vote‘, wobei durch Sockelmandate garantiert wird, dass die Bürger der kleinen Mitgliedstaaten ausreichend repräsentiert sind. Die FDP befürwortet ein „Zwei-Kammer-System“, in dem das Europäische Parlament und der Ministerrat als gleichberechtigte Partner die gesetzgebende Gewalt bilden. Weiterhin soll die Europäische Kommission zu einem wirklich exekutiven Organ der Union werden. Der Ministerrat hat, soweit er legislativ tätig wird, öffentlich zu tagen, wie es demokratischer Tradition entspricht.

Das Ziel „Geldwertstabilität“ bzw. „Stabilität des Preisniveaus“ muss in den Zielkanon der Union übernommen werden. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank darf nicht angetastet werden.

Wir fordern mehr Entscheidungen mit Mehrheit im Ministerrat. Mehrheitsentscheidungen müssen zur Regel werden, das gilt auch für die Bereiche der Innen- und Justizpolitik und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Ebenso spricht sich die FDP dafür aus, dass es zu

einer Personalunion des Präsidenten des Europäischen Rates und des Kommissionspräsidenten kommt.

Ein liberaler Kommissionspräsident ist in Brüssel der beste Garant für Freiheit und Soziale Marktwirtschaft. Die FDP wird deshalb bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für einen liberalen Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten werben.

Das Subsidiaritätsprotokoll des Europäischen Verfassungsvertrags gibt dem Bundestag und dem Bundesrat die Möglichkeit zu prüfen, ob „Brüssel“ in nationale Hoheitsrechte vertragswidrig eingreift oder nicht. Bundestag und Bundesrat müssen intensiv die Kompetenzen wahrnehmen, die der neue EU-Verfassungsvertrag beiden Kammern geben wird.

Stärkere Kommunalisierung

Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Subsidiaritätsgrundsatz (Art. 9, Abs. 3 des Verfassungsentwurfs des Europäischen Konvents) konsequent umgesetzt und weiter entwickelt wird. Insbesondere die Ebene der Kommunen muss hierfür erheblich gestärkt werden. Die Kommunen müssen die Kompetenz für sämtliche Belange übertragen bekommen, welche nicht aus unabänderlichen Gründen zwingend von höherer Ebene besser wahrgenommen werden können.

Subsidiarität betrifft nicht nur das Verhältnis zwischen Brüssel, Berlin und den Hauptstädten der Bundesländer, sondern jede Stadt und Gemeinde in Deutschland. Die Kommunen müssen die Masse der europäischen Rechtsetzung in Deutschland umsetzen. Deshalb fordert die FDP, dass Städte und Gemeinden angemessen in Brüssel vertreten sind. Den Kommunen muss von den Landesregierungen Sitz und Stimme im Ausschuss der Regionen eingeräumt werden und sie müssen ihre Vertreter in die Länderbüros in Brüssel entsenden können.

Die FDP fordert:

- **eine Volksabstimmung über den Europäischen Verfassungsvertrag**
- **die Verankerung der Ziele Geldwertstabilität, offene Märkte und freier Wettbewerb in den Verfassungsvertrag**
- **die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank festzuschreiben**
- **für das Europäische Parlament zusätzlich zur Möglichkeit der Bestätigung oder Ablehnung ein eigenes Vorschlagsrecht für den Präsidenten der Kommission**
- **ein einheitliches Wahlverfahren in allen Mitgliedstaaten für das Europäische Parlament**
- **die Zusammenführung des Amtes des Kommissionspräsidenten und des Ratspräsidenten in einer Hand**
- **eine effiziente Kontrolle der europäischen Gesetzgebung durch die nationalen Parlamente**
- **einen liberalen Kommissionspräsidenten.**

3. OSTERWEITERUNG: WELCHE CHANCEN BIETET SIE?

Mit der Aufnahme zehn neuer Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 steht eines der ambitioniertesten Projekte, die die Europäische Union in den letzten Jahren verfolgt hat, vor dem Abschluss. Keine der vorherigen Erweiterungen ist mit der Osterweiterung vergleichbar - weder hinsichtlich ihres Umfangs, noch historisch oder hinsichtlich der mit ihr verbundenen Hoffnungen und Erwartungen. Mit der Osterweiterung wird das endgültige Ende der verhängnisvollen Teilung Europas besiegelt.

Die FDP hat sich mit ihren liberalen Außenministern immer für den Beitritt unserer osteuropäischen Nachbarn eingesetzt. Für uns überwiegen bei der Osterweiterung der Europäischen Union die Chancen bei weitem die Risiken. Auch Rumänien und Bulgarien müssen Teil dieser Erfolgsgeschichte werden. Die FDP wird Rumänien und Bulgarien in ihren Bemühungen unterstützen, bis 2007 ebenfalls die Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Union zu erfüllen. Heute ist das leider noch nicht der Fall.

Mit der Osterweiterung wird die europäische Teilung überwunden. Die Bevölkerung der EU vergrößert sich mit diesem Schritt von 375 auf 450 Mio. Menschen. Damit entsteht der größte Binnenmarkt der Welt. Das birgt für die deutsche Wirtschaft und für den deutschen Arbeitsmarkt enorme Chancen: Die Volkswirtschaften verflechten sich. Mit steigender Kaufkraft kaufen die Menschen in den Beitrittsstaaten immer mehr deutsche Waren.

Mit dem Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten entstehen in den unmittelbaren Grenzregionen Marktbedingungen, die die Chance einer Markterweiterung bieten, gleichzeitig aber die Wettbewerbspositionen der in der Regel finanzschwachen kleinen und mittleren Unternehmen, vor allem in arbeitsintensiven Bereichen, weiter verschlechtern. Die FDP fordert, dass die Ängste der Bevölkerung ernst genommen werden und dass die Politik die Anpassungsprobleme abfedert. Die rot-grüne Bundesregierung hat zu diesem Zweck Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit vereinbart. Diese sind ein wirtschaftliches Hindernis. Deshalb müssen sie flexibel gehandhabt werden. Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind, müssen die Möglichkeit zum grenzüberschreitenden Arbeitnehmernaustausch haben, also beispielsweise ihre ausländischen Arbeitskräfte zum Zweck der Qualifizierung, der Einarbeitung und für den innerbetrieblichen Leistungsaustausch eine Zeit lang auch in Deutschland arbeiten lassen können.

Wer mit den Ängsten der Bevölkerung spielt, die sich möglicherweise aus dem Anpassungsprozess ergeben, beginnt ein populistisches Geschäft mit falschen Annahmen oder gefälschten Zahlen. Die Erfahrungen der Süderweiterung der Europäischen Union in den 80er Jahren zeigen, dass die Ängste vor Massenzuwanderung ungerechtfertigt sind.

Es ist ohne Frage dringend notwendig, mehr Entwicklung und wirtschaftliche Dynamik in die deutschen Grenzregionen zu bringen. Stellenweise konkurrieren sie mit Ballungszentren auf der Seite der Beitrittsländer, deren Entwicklung in rasanten Schritten vorangeht. Schuld an dem Entwicklungsdefizit auf deutscher Seite ist auch eine verfehlte, bürokratische, unflexible Politik auf Bundesebene. Damit die Grenzregionen von der Dynamik in der Nachbarschaft profitieren kann, fordert die FDP die Einführung von Modellregionen im Grenzland.

Grenzüberschreitende Modellregionen schaffen

Grenzüberschreitende Modellregionen, in denen das Bundesrecht flexibel angewandt wird und Steuersenkungen möglich sind, sind zur Förderung von Investitionen und zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze notwendig. Die Zulassung von flexibleren Regelungen führt zu mehr Deregulierung und Bürokratieabbau. Die Menschen in den neuen Bundesländern und insbesondere in den Grenzregionen brauchen klare Signale, die sie ermutigen, in ihrer Heimat zu bleiben, die ihnen Hoffnung auf Arbeit und bessere Lebensbedingungen in Aussicht stellen.

Für die vom so genannten „statistischen Effekt“ betroffenen Regionen, insbesondere in den neuen Bundesländern, sollte es noch einige Zeit eine Anschlussförderung geben, da nach wie vor ein großes Wohlstandsgefälle zum übrigen Teil Deutschlands vorhanden ist.

Die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen, heißt auch, die rechts- und sicherheitspolitische Kooperation mit den Beitrittsländern zu intensivieren. Die grenzüberschreitende Polizeiarbeit ist auszubauen. Die mit Polen und Tschechien abgeschlossenen und in Kraft gesetzten Polizeiverträge sind umgehend zu vollziehen. Dazu gehört auch die Schaffung gemischt besetzter Dienststellen, um die Organisierte Kriminalität deutlich wirksamer als bisher bekämpfen zu können.

Die FDP fordert:

- **Rumänien und Bulgarien in ihren Bemühungen zu unterstützen, möglichst bis 2007 die Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Union zu erfüllen und die Beitrittsverhandlungen erfolgreich abzuschließen**
- **flexible Handhabung der Übergangsfristen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit**
- **grenzüberschreitende Modellregionen**
- **Anschlussförderung für die Grenzregion nach der Erweiterung**
- **Ausbau der grenzüberschreitenden Polizeiarbeit.**

4. FINANZTRANSFERS IN EUROPA:**WIE KÖNNEN WIR DIE LASTEN GERECHT VERTEILEN?**

Die FDP erkennt das Solidaritätsprinzip innerhalb der EU ausdrücklich an. Notwendig ist aber eine ausgewogene Lastenverteilung. Die von der rot-grünen Bundesregierung versprochene finanzielle Entlastung Deutschlands als größten Nettozahler ist ausgeblieben. Eine finanzielle Entlastung wird Spielraum für Steuersenkungen in Deutschland bringen.

Diese Situation wird verschärft durch die Festlegung der Einstimmigkeit bei den EU-Struktur- und Kohäsionsfonds bis 2009. Die Bundesregierung hat sich bei den Verhandlungen des Vertrags von Nizza und erneut in der Regierungskonferenz über den Tisch ziehen lassen. Das bedeutet insbesondere, dass auch die nächste Finanzperiode (2007 - 2013) erneut vom Veto-Recht der Nettoempfängerländer abhängt.

Die stärkere Berücksichtigung der Folgen europäischer Politik auf kommende Generationen erfordert die Einführung einer Generationenbilanz auf europäischer Ebene, die Lasten und Leistungen zwischen Generationen deutlich macht. Die FDP fordert strenge Haushaltsdisziplin, wirksame Korruptionskontrolle und Betrugsbekämpfung. Der Anteil der europäischen Ausgaben für Bildung, Forschung, Entwicklung von Zukunftstechnologien muss bereits vor 2010 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden.

Die Agrarpolitik der EU stellt mit ihren Prinzipien der Markteinheit und der finanziellen Solidarität einen Hauptpfeiler des europäischen Binnenmarktes dar. Knapp 50 Prozent der Ausgaben im EU-Haushalt fließen in

die gemeinsame Agrarpolitik. Die Festlegung der Agrarausgaben 2013 bedeutet, dass nach der Erweiterung der Europäischen Union die einzelnen Mitgliedstaaten weniger Rückflüsse erhalten werden. Etwa zusätzliche 30 Prozent werden für Strukturmaßnahmen – insbesondere im ländlichen Raum – ausgegeben.

Die FDP fordert:

- **finanzielle Entlastung für Deutschland**
- **Einführung einer Generationenbilanz auf europäischer Ebene, die Lasten und Leistungen zwischen den Generationen deutlich macht**
- **Umschichtung der Ausgaben der Europäischen Union hin zu Bildung, Forschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien.**

5. DER EURO UND DIE FINANZEN EUROPAS: WIE ERHALTEN WIR DIE STABILITÄT?

Die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung ist ein Meilenstein der europäischen Integration. Voraussetzung für den stabilen Euro und für Wirtschaftswachstum in Europa ist unter anderem Haushaltsdisziplin. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Stabilität des Euro und das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verloren gehen. Die FDP setzt sich deshalb weiter dafür ein, dass das Ziel der Geldwertstabilität in den Zielkanon eines zukünftigen Verfassungsvertrags aufgenommen wird.

Es ist offensichtlich, dass das hohe deutsche Defizit auf hausgemachte Probleme zurückzuführen ist: auf das Versagen der Bundesregierung in der Finanz- und Arbeitsmarktpolitik. Die europäischen Volkswirtschaften werden damit in einer Zeit verunsichert, in der Verlässlichkeit und Stabilität dringend erforderlich wären. Die Bundesregierung lenkt davon ab, dass sie unfähig ist, die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. Die Missachtung des Stabilitätspakts erleichtert allein das Schuldenmachen, ohne zur konjunkturellen Erholung beizutragen. In der Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung ist die Verschuldung um über 140 Milliarden Euro gestiegen. 2003 erreichte die Neuverschuldung eine neue Rekordhöhe.

Deutschland ist das größte Mitgliedsland in der Europäischen Union und trägt auch deshalb eine besondere Verantwortung für Europas Wirtschaft. Wenn das deutsche Haushaltsdefizit nicht zurückgefahren wird, muss die Kommission über kurz oder lang gemäß den Bestimmungen des Stabilitätspaktes Strafzahlungen verhängen und diese auch eintreiben, sonst ist der Stabilitätspakt politisch tot.

Stattdessen zieht es die Bundesregierung vor, den Stabilitätspakt bis zur Unkenntlichkeit zu verbiegen und die darin für Defizitsünder vorgesehenen Sanktionen zu unterlaufen und nimmt dafür die Spaltung der EU-Mitgliedstaaten und die Schwächung der Kommission in Kauf.

Die Folgen sind eklatant: Auf mittelfristige Sicht gefährdet die Aufweichung des Stabilitätspaktes die Stabilität des Euro. Neue Schulden und wachsende Defizite wirken zinstreibend. Die deutsche Finanzpolitik wird vollends unglaubwürdig, denn niemand kann im Ernst der Überzeugung sein, dass Bundesminister Eichel und der rot-grünen Koalition ein ausgeglichener Haushalt gelingen wird. Glaubwürdigkeit ist jedoch ein Lebensnerv des Euro. In ihrem Vertrauen in die Politik sehen sich nun die Bürgerinnen und Bürger erneut schwer enttäuscht. Der Euro als neue Währung war für sie mit der Perspektive einer soliden Geld- und Haushaltspolitik verbunden.

Die finanzpolitischen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind sinnvoll: sie haben alle Mitgliedstaaten bis auf Deutschland und Frankreich bei Neuverschuldung und Schuldenabbau diszipliniert. Vielen kleinen Mitgliedstaaten sind sogar Überschüsse in den öffentlichen Haushalten gelungen. Auch konjunkturell stehen diese viel besser als Deutschland da, das beim Wirtschaftswachstum mittlerweile Schlusslicht in der Europäischen Union geworden ist. Der Stabilitätspakt ist also alles andere als ein Wachstumshemmnis. Wachstum erfordert vielmehr mittelfristig ausgeglichene Haushalte und eine Verringerung der öffentlichen Defizite.

Der Euro ist zu einer internationalen Leitwährung geworden. Das hat Deutschland und die EU im globalen Wettbewerb gestärkt. Die FDP kritisiert, dass die Stabilität unserer gemeinsamen Währung jetzt leichtfertig riskiert wird. Aus europa- und finanzpolitischen Gründen muss der Pakt wirksam bleiben.

Die FDP fordert:

- **dass der Stabilitätspakt ohne Wenn und Aber eingehalten wird**
- **dass die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank auch in Zukunft garantiert bleibt**
- **die Empfehlungen der Europäischen Kommission anzunehmen und umzusetzen, statt die Kommission durch faule Kompromisse zu brüskieren**
- **die zur Sanierung der Staatsfinanzen notwendigen Struktur-reformen endlich wirksam anzugehen. Die FDP ist bereit, dabei voll und ganz mitzuwirken.**

6. EUROPAS WIRTSCHAFT: WIE SCHAFFEN WIR MEHR ARBEITSPLÄTZE?

Funktionierende Märkte in Europa schaffen Arbeitsplätze in Deutschland

Der Binnenmarkt der EU mit 15 Ländern umfasst 380 Millionen Verbraucher. Mit der Erweiterung der EU um 10 weitere Länder wächst dieser Markt auf 450 Millionen Verbraucher. Der europäische Binnenmarkt wird damit zum größten Wirtschaftsraum der westlichen Welt. Für die deutsche Wirtschaft ist Europa der entscheidende Absatzmarkt. Die Hälfte der deutschen Exporte geht in den europäischen Binnenmarkt. Vom Export ist jeder fünfte Arbeitsplatz in Deutschland abhängig.

Offenheit und unverfälschter Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt sind Grundlage des Wohlstands in Deutschland und Europa. Die FDP fordert weitere Fortschritte in der Liberalisierung und Deregulierung der Märkte, vor allem auch des Arbeitsmarktes. Die FDP weiß, dass nur ein erfolgreiches Deutschland eine erfolgreiche Rolle in Europa spielen wird. Die Erfolge unserer europäischen Partner sind für uns Ansporn, Deutschland wieder nach vorne zu bringen.

Im EU-Vergleich ist Deutschland nach fünf Jahren unter Rot-Grün in vielen Politikfeldern auf hintere Plätze zurückgefallen. Früher war Deutschland die Lokomotive des europäischen Einigungsprozesses. Heute ist Deutschland mehr und mehr der Bremsklotz für ein wirtschaftlich und politisch starkes Europa. Deutschland braucht wieder eine Wachstumspolitik: durch grundlegende Reformen in der Steuerpolitik, am Arbeits-

markt, in den sozialen Sicherungssystemen und den Bildungseinrichtungen. Wir wollen unser Land europafähig machen. Die Sozialsysteme müssen so umgestaltet werden, dass sie der zunehmenden Freizügigkeit Rechnung tragen.

Wettbewerb sichern

Die FDP setzt sich für ein von der Europäischen Kommission unabhängiges Europäisches Kartellamt ein. Es muss alles getan werden, damit das europäische Wettbewerbsrecht streng und kompromisslos angewendet wird.

Die FDP spricht sich gegen weitergehende sozialpolitische Kompetenzen der Europäischen Union aus. Sie bekennt sich eindeutig zum Wettbewerb der Sozialsysteme. Die FDP will nicht, dass die EU zu einer Sozial- oder einer Steuerunion wird. Beides ist Sache der Mitgliedstaaten. Das zu kontrollieren, wird die FDP leisten.

Die von der EU-Kommission initiierte Marktöffnung in wichtigen Wirtschaftsbereichen wie z.B. im Telekommunikations- und Energiesektor ist weitestgehend in nationales Recht umgesetzt worden. Sie hat positive Markteffekte ausgelöst und deutlich gemacht, dass marktwirtschaftliche Strukturen einen klaren Vorteil gegenüber staatlich regulierten Monopolwirtschaften haben: Die Qualität der Dienstleistungen ist gestiegen, die Preise sind gesunken, Arbeitsplätze sind entstanden, und Innovationen sind beschleunigt worden.

Dieser Strukturwandel muss konsequent in allen Märkten fortgesetzt werden, vordringlich in den Energiemärkten. Ziel muss sein, einerseits den europäischen Strukturprozess fortzusetzen und andererseits einen ausreichenden nationalen Handlungsspielraum in den jeweiligen Mitgliedstaaten zu sichern. Damit wird dem Subsidiaritätsprinzip entsprochen, die Souveränität der Nationalregierungen und -parlamente nicht

weiter beschnitten und werden Gestaltungsmöglichkeiten z. B. für nationale und regionale Besonderheiten gegeben. Die Europäische Kommission muss an ihrem marktwirtschaftlichen Kurs festhalten.

Die gemeinschaftsrechtliche Beihilfenkontrolle durch die Europäische Kommission ist dahingehend weiter zu entwickeln, gemeinschaftsweit durch Durchsetzung in sich stimmiger einheitlicher Kriterien Wettbewerbsverzerrungen zu unterbinden, Subventionen in den Mitgliedstaaten transparent zu machen und den bürokratischen Aufwand gerade auch für die zuständigen Stellen in den Mitgliedstaaten auf ein Minimum zu beschränken. Dabei sollte die Europäische Kommission ihre Ressourcen auf besonders sensible Beihilfenbereiche konzentrieren und die Mitgliedstaaten durch den Erlass weiterer Freistellungsverordnungen, insbesondere auch im Hinblick auf „Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“, in die Verantwortung einbeziehen.

Es muss gewährleistet sein, dass das Prinzip der Daseinsvorsorge nicht zu Behinderungen von Wettbewerb und Privatisierungen zugunsten der öffentlichen Anbieter missbraucht wird. Die Zuständigkeit der EU muss sich hier darauf beschränken, die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes sicher zu stellen. Ordnungspolitische Rahmenbedingungen für Wettbewerb müssen auch beim Angebot der „Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ gelten.

Mobilität sichern

Wir brauchen eine neue europäische Verkehrspolitik. Die Infrastruktur muss unter besonderer Berücksichtigung der Osterweiterung zügig grenzüberschreitend ausgebaut werden. Eine europaweite Verkehrswegeplanung nach einheitlichen Bewertungskriterien ist zwingend notwendig. Diese muss die derzeit noch gültigen revidierten Transeuropäischen Netze (TEN) zeitnah ersetzen.

Im Straßengüterverkehr müssen Wettbewerbsverzerrungen dringend abgeschafft werden. Die Liberalisierung der Eisenbahnen muss weitergehen. Wettbewerb auf der Schiene setzt die europaweite Trennung von Netz und Betrieb voraus, wobei die Netzbetreiber eng kooperieren müssen, die Transporteure dagegen in Wettbewerb untereinander treten müssen. Im Luftverkehr muss es einen einheitlichen europäischen Luftraum geben, die Flugsicherung muss sich an Verkehrsströmen statt an Grenzen orientieren. Die Schifffahrt ist auf gutem Liberalisierungskurs, bedarf aber größerer Unterstützung beim Infrastrukturausbau.

Generell gilt für die FDP: die verschiedenen Verkehrsmittel müssen unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Kriterien in einem funktionsfähigen Wettbewerb zueinander stehen, damit sie gemeinsam die Verkehrsbedürfnisse der Zukunft erfüllen. Neue Verkehrstechnologien, wie z. B. der Transrapid können die Geschwindigkeitslücke im Hochgeschwindigkeitsverkehr schließen. Langfristiges Ziel der Liberalen ist deshalb ein europaweites Magnetbahnnetz (Euro-rapid). Die FDP fordert ein integriertes Verkehrskonzept, das kreativ und umweltschonend ist. Eine mobile europäische Gesellschaft braucht alle Verkehrsträger und muss offen sein für neue Entwicklungen und moderne Technologien.

Eurodistrikte ermöglichen

Die FDP will die Schaffung von Eurodistrikten als europäische Musterregionen zur Erforschung neuer Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ermöglichen. Die bloße Anwendung bereits bestehender Regelungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit genügt diesem Erfordernis nicht. Die FDP fordert, die betroffene Bevölkerung im Rahmen eines grenzüberschreitenden Bürgerentscheids aktiv an der Schaffung des Eurodistrikts zu beteiligen. Auf Basis der gewonnenen positiven Erkenntnisse sind weitere Eurodistrikte zu schaffen.

Die FDP fordert:

- **eine weitere Liberalisierung der Märkte**
- **den Wettbewerb der Wirtschafts- und Finanzpolitik**
- **eine wettbewerbsfördernde Politik in Europa**
- **die Mobilität in Europa zu sichern**
- **die zügige Schaffung von Eurodistrikten zu ermöglichen.**

7. SOZIALPOLITIK:

WIE SCHAFFEN WIR EIN FAIRES EUROPA?

Die Mitgliedstaaten als Verantwortliche im sozialen Europa

Die FDP will ein soziales Europa. Die Überalterung der Bevölkerung und die hohe Arbeitslosigkeit erfordern tiefgreifende Reformen in allen Mitgliedstaaten. Die FDP will, dass soziale Reformen in alleiniger Verantwortung in den Mitgliedstaaten verbleiben. Auch in dem Bereich garantiert dies den Wettbewerb in Europa. Die zunehmende Freizügigkeit in der EU muss von den nationalen Sozialsystemen gewährleistet werden.

Die Vielfalt der Traditionen und Lebenswirklichkeiten von Familien in der Europäischen Union spiegelt sich in den nationalen Familienpolitiken wieder. Gerade auf dem Feld der Familienpolitik können für Deutschland Modelle und Erfahrungen anderer Mitgliedstaaten hilfreich sein. Denn Deutschland hat mit durchschnittlich 1,34 Geburten pro Frau eine der niedrigsten Geburtenraten in der EU. Es zeigt sich, dass andere Mitgliedstaaten politische Instrumente hier erfolgreicher einsetzen.

Europa ist vor allem eine Chance für Kinder und Jugendliche in der Europäischen Union. Sie sind die Zukunft unseres zusammenwachsenden Europas. Vieles, was wir heute gestalten, wird erst für die künftigen Generationen die volle Wirkung entfalten.

Gleiche Chancen für Frauen und Männer in Europa

Die Europäische Union hat sich seit ihrer Gründung dem Ziel der Gleichberechtigung von Frau und Mann verschrieben. Mit zahlreichen Initiati-

ven hat die EU wichtige Impulse gegeben für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen unserer Gesellschaft, z. Bsp. bei Berufsausbildung und Beschäftigung. Die tatsächliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen setzt einen gesellschaftlichen Wandel und die stärkere Wertschätzung und die Integration weiblicher Potenziale in Wirtschaft und Gesellschaft voraus. Ein großer Schritt in diese Richtung ist die Strategie von GenderMainstreaming. Die FDP unterstützt diesen Prozess.

Familien in Europa

Das Familienrecht tangiert die Belange der Menschen in persönlicher wie in finanzieller Hinsicht in ganz besonderer Weise. Bei zunehmend grenzüberschreitenden und multinationalen Familienbeziehungen wird deshalb eine EU-weite Vereinheitlichung der familienrechtlichen Kollisionsnormen, langfristig auch des materiellen Familienrechts, im Interesse der Rechtssicherheit und -klarheit immer drängender. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 7.12.2000 nennt ausdrücklich das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens (Art. 7), das Recht eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen (Art. 9) und die Rechte des Kindes (Art. 24).

Zur Verwirklichung dieser Prinzipien für den Bereich des Familienrechts sind weitere Anstrengungen der Europäischen Union erforderlich. Es müssen einheitliche europäische Bestimmungen zur gerichtlichen Zuständigkeit in grenzüberschreitenden Ehe- und Familiensachen gelten. Die Anerkennung und Vollstreckung der gerichtlichen Entscheidungen müssen in allen EU-Staaten sichergestellt sein. Darüber hinaus müssen in der Europäischen Union vergleichbar dem internationalen Privatrecht Voraussetzungen dafür geschaffen werden, in familienrechtlichen Streitigkeiten innerhalb der Europäischen Union einheitliche materielle Rechtsvorschriften anzuwenden.

Die FDP fordert:

- **von den Mitgliedstaaten in eigener Verantwortung soziale Reformen durchzuführen**
- **sich angesichts der niedrigen Geburtenrate in Deutschland in der Familienpolitik an den erfolgreichen Erfahrungen anderer zu orientieren**
- **Kinder und Jugendliche auf ein vereintes Europa vorzubereiten**
- **den Gleichberechtigungsprozess in Deutschland zu fördern und in Europaaktiv zu begleiten**
- **eine EU-weite Vereinheitlichung der familienrechtlichen Kollisionsnormen, langfristig auch des materiellen Familienrechts**
- **einheitliche Bestimmungen zur gerichtlichen Zuständigkeit in grenzüberschreitenden Ehe- und Familiensachen.**

8. BILDUNGSPOLITIK: WIE BILDEN WIR EUROPA?

Europäische Bildungschancen in Schule und Beruf nutzen

Chancengleichheit in der Bildung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten unserer Jugend in Europa. Vordringliches Ziel in einem europäischen Bildungsraum muss daher die konsequente Erarbeitung und Sicherung vergleichbarer Standards bei allen Abschlüssen und Prüfungen sein, ebenso die Anerkennung der Gleichwertigkeit von in nationaler Hoheit verliehenen allgemeinbildenden und beruflichen Abschlüssen. Zur Qualitätssicherung sind regelmäßige europäische Vergleichstests durchzuführen.

Die Bildungspolitik liegt in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Das muss auch so bleiben. Deshalb muss sich europäische Bildungspolitik darauf beschränken, schulische, berufliche und akademische Ausbildung grenzüberschreitend kompatibel zu gestalten, um die Freizügigkeit in der Europäischen Union zu sichern. Dies beginnt in der Schule. Die FDP setzt sich für eine Verkürzung der Erstausbildungszeiten und für eine Intensivierung und Förderung der Austauschprogramme auf allen Bildungsstufen in der Europäischen Union ein. Fremdsprachliche Kompetenz muss Bestandteil der europäischen Bildungsziele sein. Deshalb fordert die FDP die frühzeitige Vermittlung einer Fremdsprache. Sprachunterricht in spielerischer Form sollte ab dem Kleinkindalter gefördert werden.

Wer Chancengleichheit in der Bildung will, braucht die bestmögliche Förderung schon vor der Schule. Der Ausbau vorschulischer Bildung und die Stärkung der individuellen Förderung im Grundschulbereich ist daher eine bildungspolitische Aufgabe ersten Ranges. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Kinderbetreuung auszubauen.

Darüber hinaus muss die Lehreraus- und Fortbildung europabezogen erfolgen. Dazu gehören frühzeitige Praktika in Schulen von Mitgliedstaaten und Lehreraustausch.

Die FDP fordert die Wiederbelebung des „Wandergesellentums“ innerhalb der EU. Es muss in Zukunft möglich sein, eine Ausbildung z.B. in Polen zu beginnen, in Deutschland fortzuführen und in Frankreich zu einem qualifizierenden Berufsabschluss zu bringen. Wir fordern, dass die berufliche Ausbildung deutscher Auszubildender im Ausland gefördert wird. Im Gegenzug müssen Möglichkeiten für ausländische Auszubildende geschaffen werden, sich in Deutschland ausbilden zu lassen. Dazu ist es notwendig, einen Europapass zu schaffen, der die erworbenen beruflichen Kompetenzen bestätigt.

Um die Innovationskraft und Produktivität des europäischen Binnenmarktes zu fördern, ist ein intensiver Austausch hochqualifizierter Arbeitskräfte erforderlich. Europaweite Mobilität von Arbeitskräften setzt gemeinsame Bildungsstandards voraus. Derzeit ist der europäische Wissenschaftsbetrieb viel zu starr, intransparent und undurchlässig. So ist es in den meisten Studienfächern sehr schwer, wenn nicht unmöglich, innerhalb Europas den Studienort zu wechseln oder einige Semester im Ausland zu studieren und die auswärts erworbene Qualifikation an der heimischen Universität anerkennen zu lassen. Deshalb strebt die FDP die Einbettung des Hochschulstandortes Deutschland in einen europäischen Hochschulraum an, dessen System leicht verständlich ist und dessen Abschlüsse kompatibel und damit vergleichbar sind.

Die FDP fordert die sofortige Umsetzung des Bolognaprozesses. Wir wollen eine Aufgliederung von Studiengängen in aufeinander folgende Bausteine (Bachelor und Master) und die europaweite Anerkennung und Einsetzbarkeit solcher Studienbausteine (Kompatibilisierung aller Studiengänge). Dazu dient ein europaweites Credit Point Transfer

System. Fach- und Studienortwechsel könnten einheitlich und unkompliziert geregelt werden. Die Hochschulen sollten der Tatsache, dass Englisch zur allgemeinen Wissenschaftssprache geworden ist, in den Lehrangeboten stärker Rechnung tragen. Examina sollten in Deutschland in mindestens zwei Sprachen möglich sein.

Europa muss dynamischster Forschungsraum der Welt werden

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich das Ziel gesetzt, Europa bis 2010 zum dynamischsten wissensbasierten Forschungsraum zu machen. Das Ziel ist richtig, aber die Anstrengungen Deutschlands, es zu erreichen, sind zu gering. Statt 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben, liegen die europäischen Ausgaben im Schnitt bei 1,9 %. Wollen die Forschungsminister ihr Ziel erreichen, müssten europaweit 700.000 neue Forscher eingestellt werden.

Deutschland muss in der Forschungspolitik Motor, nicht Bremsklotz sein. Statt aber deutlich und ressortübergreifend zu investieren und Forschungsblockaden zu lockern, wird im Forschungsetat gespart, der Hochschulbau zurückgefahren und ideologische Stoppschilder bei wichtigen Technologien aufgestellt (z. B. Grüne Gentechnik, Stammzellforschung, Kernfusion). Die FDP im Europäischen Parlament wird sich vehement für die Freiheit der Forschung einsetzen.

Moderne Forschungspolitik heißt für uns Kombination von Planungssicherheit und Wettbewerb. Forschungszentren, Hochschulen und Wirtschaft sollen um Fördermittel europaweit konkurrieren.

Die Inhalte des 7. Forschungsrahmenprogramms werden bereits heute diskutiert. Die FDP spricht sich für eine Schwerpunktsetzung bei Biotechnologie, Nanotechnologie, Energieforschung und Sicherheitsforschung aus. Dabei müssen die im 6. Forschungsprogramm neu eingeführten Instrumente auf ihre Tauglichkeit überprüft und entbürokratisiert werden.

Die Bundesregierung behindert die gemeinsame europäische Forschung durch ethische Maximalpositionen in der Stammzellenforschung. Wenn einzelne Länder der Mehrheit im Rat und im EU-Parlament ihre Standards aufdrücken wollen, werden wir einen europäischen Konsens bei der Forschung nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner bekommen. Mit dieser Strategie wird Europa nicht Forschungsregion Nr. 1 in der Welt.

Die europäische Raumfahrtspolitik braucht einen profilierten deutschen Anteil. Dabei wollen wir eine enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren (Private-Public-Partnership) und eine Priorität für Maßnahmen, die kurz- bis mittelfristig volkswirtschaftlichen Nutzen bringen. Deutschland muss innerhalb der ESA und EU-Raumfahrtspolitik durch aktive Beteiligung eine Führungsrolle übernehmen. Dazu gehören Erdbeobachtung und Satellitentechnologie, die Mitwirkung an der Internationalen Raumstation ISS und dem GALILEO-Programm. Auch die extraterrestrische Forschung soll im ESA-Rahmen fortgesetzt werden.

Die Idee eines gemeinsamen Forschungs- und Hochschulraums Europa ist eine positive Vision für Studierende und Wissenschaftler. Europa steht in direkter Konkurrenz zu anderen Forschungsregionen wie den USA oder Asien. Um erfolgreich mithalten zu können, müssen die Anstrengungen erheblich verstärkt werden.

Die FDP fordert:

- **mehr Möglichkeiten, damit unsere Kinder so früh wie möglich spielerisch Fremdsprachen erlernen**
- **eine Intensivierung der Austauschprogramme**
- **mehr Internationalität in der beruflichen Ausbildung**
- **die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen**
- **ein in der Forschung führendes Europa.**

9. BÜROKRATIE IN EUROPA: WIE VIEL ERTRAGEN WIR?

Wir Liberalen treten dafür ein, dass Brüssel rechtlich nur dann handeln darf, wenn dadurch Verzerrungen im Binnenmarkt beseitigt werden. Jede gesetzgeberische Maßnahme der Europäischen Union muss auf der entsprechenden vertragsgemäßen Grundlage basieren. Die FDP widersetzt sich allen Versuchen einer schleichenden Ausweitung der Gesetzgebungskompetenz. Darüber hinaus spricht sich die FDP dafür aus, die geteilten Zuständigkeiten innerhalb der Europäischen Union in klare ausschließliche Zuständigkeiten der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten umzuwandeln. Dies begünstigt die Transparenz politischer Zuständigkeiten und fördert somit das Verantwortungsprinzip für politische Entscheidungen.

Nahezu 80 Prozent aller Bestimmungen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene kommen direkt aus Straßburg/Brüssel oder werden dort maßgeblich mit beeinflusst. Viele Bürger verstehen die Regelungen nicht mehr. Sie fühlen sich gegängelt und bevormundet von „Eurokraten“, deren Handeln sie nicht nachvollziehen können. Die FDP will deshalb für Europa eine Politik, die sich möglichst nah am Bürger orientiert. Die FDP vertritt mit Nachdruck das Subsidiaritätsprinzip. Wo der Bürger staatliche Entscheidungen braucht, müssen diese so nah am Bürger wie möglich getroffen werden: Vorrang hat die Gemeinde, erst dann folgen das Land, der Bund und die Europäische Union. Die jeweils höhere Entscheidungsebene darf nur regeln, was die untere Ebene nicht besser regeln kann.

Die Gesetzgebung wurde vergemeinschaftet, die Demokratie nicht im gleichen Maße. Die Europäische Kommission hat das Initiativrecht, das gewählte Parlament dagegen nicht. Annähernd 1.000 Ausschüsse ver-

hindern Transparenz, verwischen Verantwortlichkeiten und widersprechen dem Prinzip der Bürgernähe. Der teure Reisezirkus zwischen Straßburg und Brüssel hindert das Parlament daran, effektiv zu arbeiten. Die FDP will, dass das Parlament ausschließlich in Brüssel angesiedelt wird, um seiner Kontrollaufgabe gerecht werden zu können. Außerdem wird sich die FDP dafür einsetzen, dass das Parlament europaweit an einem Tag gewählt wird. Die Bürger müssen sich umfassend über Europa informieren können. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die bestehenden Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten ausgebaut und verbessert werden. So sollte beispielsweise die Recherchemöglichkeit via Internet einfacher gestaltet werden. Das trägt maßgeblich zur Transparenz des europäischen Handelns und zur Stärkung der Identifikation der Bürger mit dem gemeinsamen Europa bei.

Überregulierungen durch Brüssel sind für jeden deutlich spürbar, wie sich an mehreren Beispielen ablesen lässt: Rauchverbot in Kneipen, Traktorsitzverordnung, Gurkenkrümmung, Apfelgröße und so weiter.

Alle Rechtsakte müssen in Zukunft mit einem Verfallsdatum versehen werden. Die Wiederauflage, nicht die Abschaffung der Regulierung sollte künftig begründet werden müssen. Wenn dieser Ansatz in Brüssel richtig angewendet wird, wird das EU-Recht entbürokratisiert und von überflüssigen Regelungen entrümpelt. Die Europäische Union könnte auf diese Weise positive Maßstäbe auch für die nationale Gesetzgebung setzen.

Die FDP fordert:

- **eine Beschränkung der Zuständigkeit der Regelungstätigkeit der Europäischen Union auf die Gebiete, für die sie eine klar zugewiesene Zuständigkeit hat**
- **alle Regelungen in Zukunft mit einem Verfallsdatum zu versehen**
- **die Beendigung des Reisezirkus: Brüssel als alleiniger Standort des Europäischen Parlaments.**

10. DER LANDWIRT ALS UNTERNEHMER: WIE WIRD UNSERE LANDWIRTSCHAFT WETTBEWERBSFÄHIG?

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzierungsprobleme bei der Osterweiterung muss die Europäische Agrarpolitik reformiert werden. Die Ursachen der verfehlten Europäischen Agrarpolitik müssen durch eine marktwirtschaftliche Neuausrichtung beseitigt werden. Die Europäische Agrarpolitik muss sich künftig stärker an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit orientieren. Um den Landwirten neue Spielräume und Perspektiven zu geben, müssen sie von bürokratischen Marktregulierungen befreit und damit wieder zu Unternehmern gemacht werden. Die Landwirte müssen die Chance haben, einen wesentlichen Teil ihres Einkommens am freien Markt zu erzielen. Dazu müssen die Direktzahlungen von der Produktion entkoppelt werden.

Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, dass die Landwirte künftig für ihre Leistungen zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft eine produktunabhängige Kulturlandschaftsprämie erhalten. Dies ermöglicht eine umfassende Reform der europäischen Agrarpolitik: Die bisherigen Marktregulierungen und Subventionen können im Gegenzug schrittweise entfallen. Mit der Kulturlandschaftsprämie gewinnen sowohl die Landwirte als auch die Steuerzahler.

Ziel der FDP ist eine moderne, leistungsfähige und unternehmerische Landwirtschaft, die sich offen gegenüber europäischen und internationalen Märkten zeigt.

Darüber hinaus müssen Bürokratieabbau, Transparenz und Planungssicherheit die Ziele einer Reform der Europäischen Agrarpolitik sein. Wir treten für verlässliche Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und die Stärkung des Vertragsnaturschutzes ein. Die FDP setzt auf die Selbstverantwortung der Wirtschaft und nicht vorrangig auf staatliches Ordnungsrecht.

Die FDP fordert:

- **die Einführung einer Kulturlandschaftsprämie**
- **Ausstieg aus den produktionsverzerrenden Marktregulierungen, Exportsubventionen und aus produktabhängigen Stützungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik**
- **die Entlastung und die Schaffung größerer Freiräume für die landwirtschaftlichen Unternehmer.**

II. WIE VIEL VERBRAUCHERSCHUTZ BRAUCHT EUROPA UND WO BLEIBT DER MÜNDIGE BÜRGER?

Verbraucherpolitik entscheidet sich am Markt. Die europäischen Verbraucher steuern durch ihr Nachfrageverhalten das Angebot und damit die Produktion bzw. den Im- und Export von Gütern und Dienstleistungen.

Das Verbrauchervertrauen in Europa muss gefestigt werden. Es hängt maßgeblich von einem verlässlichen politischen Rahmen ab, der faire Marktbedingungen und einen gesetzlichen Ordnungsrahmen sicherstellt. Gesundheit und Sicherheit müssen in allen Politikfeldern angemessen berücksichtigt werden. Überreglementierungen sind kontraproduktiv. Sie sind teuer, zeitaufwendig und bürokratisch und verunsichern den Verbraucher. Was europäische Verbraucher brauchen, sind konkrete Produktinformationen. Deshalb ist eine differenzierte Ausgestaltung einer marktorientierten Informationspolitik notwendig.

Die Europäische Kommission darf für eine effektive und marktkonforme Verbraucherpolitik ausschließlich die Rahmenbedingungen setzen und klare Aufgaben für die jeweils zuständigen staatlichen bzw. nationalen Stellen definieren.

Aufgabe der Unternehmen in Europa ist es, rechtzeitig, eindeutig und in angemessener Form Informationen zur Verfügung zu stellen. Werbeverbote lehnen Liberale ab. Populistische Scheinlösungen führen hier nicht weiter, sondern nur zur Herrschaft der Bürokratie über den Markt. Statt dirigistischer Vorgaben wollen Liberale eine wirksame Selbstregulierung, die klare bindende Selbstverpflichtungen gegenüber dem Verbrau-

cher umfasst, laufend aktualisiert und entsprechend durchgesetzt wird. Sie ist prinzipiell besser als jegliche Art staatlicher Eingriffspolitik.

Liberaler setzen auf die Harmonisierung der Verbraucherpolitik in der EU und eine Intensivierung der Zusammenarbeit der Behörden über einzelstaatliche Grenzen hinaus. Nationale Verbraucherpolitik muss integraler Bestandteil einer europäischen Verbraucherpolitik werden. Denn nationale Krisenpläne wie z.B. in der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik allein reichen nicht aus, um Schaden vom europäischen Verbraucher abzuwenden.

Die FDP fordert:

- **die Überreglementierung unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes zu beseitigen**
- **eine Verbraucherpolitik, die von einem mündigen Bürger ausgeht**
- **die bürokratische Gängelung der Hersteller, übertriebene ökologische Auflagen sowie zusätzliche nationale oder regionale Pflichtstandards zu beseitigen.**

12. UMWELT: WIE HALTEN WIR EUROPA SAUBER?

Unsere Kinder sind darauf angewiesen, dass wir die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Umweltverschmutzung macht nicht an Landesgrenzen halt. Deswegen setzt sich die FDP für eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung auch in Europa ein, die ökologische Belastungen weiter reduziert und die Ressourcenproduktivität erhöht. Für effizienten Umweltschutz sind moderne marktwirtschaftliche Mechanismen zielführend.

Die FDP tritt für anspruchsvolle europaweit verbindliche Umweltstandards ein, die in allen Mitgliedstaaten streng kontrolliert werden müssen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Wir sind gegen eine ausufernde und sinnlose europäische Ökobürokratie, die den Mitgliedstaaten aufgezwungen wird. Das Subsidiaritätsprinzip muss auch im Bereich der Umweltpolitik konsequent eingehalten werden. Die FDP steht für eine Umweltpolitik, in deren Mittelpunkt der Mensch steht.

Die EU-Osterweiterung stellt sich für die FDP auch als eine gewaltige Chance für den Umweltschutz dar. In den bisherigen Mitgliedstaaten ist bereits ein hohes Maß an Umweltschutz erreicht. Unabhängig davon, dass die Weiterentwicklung von Standards auch zukünftig eine ständige Aufgabe bleibt, ist festzustellen, dass eine weitere Perfektionierung der Standards mit immer höheren Kosten verbunden sein wird. Der damit erreichte zusätzliche Umwelterfolg dürfte eher begrenzt sein. Umgekehrt gibt es in den Beitrittsländern viele Regionen, in denen mit relativ wenig Aufwand ein großer Umwelterfolg erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, den Unternehmen, die in den bisherigen

Mitgliedstaaten den EU-Standard einhalten, zu ermöglichen, darüber hinausgehende nationale Verpflichtungen auch durch umweltfördernde Projekte in den Beitrittsländern zu erbringen. Diesen Vorschlag gilt es weiterzuentwickeln, um grenzüberschreitende Umweltauswirkungen analog zur Klimapolitik in der EU effizient zu reduzieren. Einheitliche europäische Standards können so schnell und kostengünstig auch in den Beitrittsstaaten erreicht werden.

Hochwasser macht nicht an Landesgrenzen halt. Deshalb müssen die Mitgliedstaaten übergreifend im Hochwasserschutz zusammenarbeiten. Analog zu den Regelungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie tritt die FDP für ein flussgebietsbezogenes Hochwassermanagement ein. Dabei sollen in gemeinsamen Hochwasserschutzkonferenzen alle Flussanrainerstaaten gemeinsam Lösungen entwickeln.

Eine durchschlagende Verminderung der verkehrsbedingten Umweltbelastungen ist nur durch eine konsequente Nutzung vorhandener und die Entwicklung weiterer ökologischer Verbesserungspotenziale aller Verkehrsträger realistisch. Alle Verkehrsträger mit ihren spezifischen Vorteilen müssen zu einem attraktiven, umweltschonenden und sicheren Gesamtsystem vernetzt werden. Für eine Senkung der Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich liefern unter anderem die Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie viel versprechende Ansätze. Auch der Verkehrssektor muss in den Handel mit CO₂-Zertifikaten einbezogen werden. Nicht zuletzt im Hinblick auf faire Wettbewerbsbedingungen aller Verkehrsträger tritt die FDP für steuerliche Gleichbehandlung ein. Die FDP drängt auf die Einführung der europaweiten Besteuerung des Flugbenzins mit dem Ziel einer weltweiten Lösung.

Eine konsequente Verringerung der Treibhausgasemissionen ist im Interesse des Erdklimas geboten. Klimaschutz ist auch auf europäischer Ebene weiter voranzutreiben. Um verbindliche und anspruchsvolle klimapolitische Ziele zu erreichen verlangt eine nachhaltige Klimapolitik,

dass pro eingesetztem Euro soviel Treibhausgase wie möglich vermieden werden. Die FDP begrüßt grundsätzlich die europäischen Richtlinien für den Handel mit Emissionszertifikaten für Treibhausgase und für die Anrechnung von Emissionsreduktionen aus Klimaschutzprojekten mit Nicht-EU-Staaten. Die Chancen, die über den Clean-Development-Mechanismus für erneuerbare Energien geschaffen werden, müssen entschlossen genutzt werden. Die Nutzung der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls ist dabei kein Selbstzweck. Die FDP ist jedoch davon überzeugt, dass deren Einsatz die Erreichung des klimapolitischen Ziels bei gleichzeitiger Minimierung der Kosten am besten garantiert.

Für eine erfolgreiche internationale Klimapolitik ist das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls von entscheidender Bedeutung. Daher ist es eine zentrale Aufgabe für die EU im Rahmen einer gemeinsamen Strategie in Verhandlungen einzutreten, mit dem Ziel der Ratifikation des Kyoto-Protokolls durch weitere Länder.

In der Chemikalienpolitik gilt es, für Mensch und Umwelt Sicherheit zu gewährleisten. Hierfür müssen rationale und wirksame sowie möglichst einfache und praktikable Regelungen gefunden werden. Zugleich darf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemiewirtschaft nicht unnötig beeinträchtigt werden. Es gilt zu verhindern, dass sich die chemische Industrie in Länder verlagert, die niedrigere Umweltschutzanforderungen haben.

Den Wettbewerb zwischen den Energieträgern stärken

Die FDP setzt sich auch auf europäischer Ebene für einen umweltverträglichen Energiemix ein, der sich im fairen Wettbewerb der verschiedenen Energieträger untereinander herausbilden muss. Sowohl die herkömmlichen Energien als auch die erneuerbaren Energien sollen miteinander konkurrieren.

In der Energiepolitik hat sich der Wettbewerb als Ordnungsprinzip bewährt. Er ist auch das geeignete Instrument, um künftigen Herausforderungen im europäischen Rahmen zu begegnen.

Daher lehnt die FDP die weitere Subventionierung der Steinkohleförderung, die auch im Widerspruch zu den im Kyoto-Protokoll eingegangenen Verpflichtungen und den angeblichen Zielen der Öko-Steuer steht, ab. Die Steinkohleförderung verteuert die Energiekosten der Wirtschaft, benachteiligt umweltfreundlichere Energieträger wie das Erdgas, stellt ein unnötiges Handelshemmnis dar und ist zudem ein Wettbewerbsnachteil für die deutsche Wirtschaft.

Im Bereich der erneuerbaren Energien spricht sich die FDP gegen nationale Alleingänge aus. Feste Abnahme- und Vergütungspflichten für Netzbetreiber, wie sie in Deutschland im EEG vorgeschrieben sind, nutzen der Umwelt wenig und kosten viel. Die FDP setzt sich daher für eine ideologiefreie, marktkonforme Gestaltung des Emissionshandels bei der Umsetzung der europäischen ET-Richtlinie ein.

Die FDP fordert:

- **Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln**
- **Anstrengungen der EU, damit das Kyoto-Protokoll endlich in Kraft treten kann**
- **eine vernunftgeleitete Chemikalienpolitik.**

13. BÜRGERRECHTE UND INNERE SICHERHEIT: WIE KANN EUROPA BEIDES GEWÄHRLEISTEN?

Die FDP setzt sich für einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Europäischen Union ein, der dem Bürger sein Recht zur freien Bewegung, Mobilität und Achtung der Privatsphäre in der Politik der inneren Sicherheit gewährt.

Grundrechte in Europa durchsetzen

Die Grund- und Menschenrechte der Bürger werden durch die Europäische Charta der Grundrechte besser gegen Handeln europäischer Institutionen wie Europol geschützt. Die FDP möchte, dass die Bürger sich direkt auf die Europäische Charta der Grundrechte berufen können und fordert daher ihre rechtliche Verbindlichkeit, wie sie auch im Verfassungsentwurf des Konvents durch Integration in Teil 2 des Entwurfs vorgesehen ist.

Die FDP fordert, dass die Durchsetzung des Rechtsschutzes in der Europäischen Union verbessert und der Europäische Gerichtshof so ausgebaut wird, dass er die neuen Aufgaben effektiv wahrnehmen kann.

Kriminalität und Terrorismus machen nicht Halt an nationalen Grenzen. Mit der Osterweiterung steht die Europäische Union vor neuen Herausforderungen: Eine größere europäische Außengrenze, der notwendige Umbau der Rechtssysteme in den neuen Mitgliedstaaten, Ausbau der europäischen Handlungsmöglichkeiten beim Vorgehen gegen grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus und Schutz der Rechte der Bürger gegen staatliches Handeln.

Mehr gemeinsame Justiz- und Innenpolitik

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Justiz- und Innenpolitik muss in der Europäischen Union verbessert werden. Internationalem Terrorismus und Kriminalität kann nur durch gestärkte europäische Handlungsmöglichkeiten begegnet werden. Die FDP fordert deshalb grundsätzlich Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat der Europäischen Union und unterstützt die weitgehende Aufgabe der bisherigen intergouvernementalen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Asyl- und Flüchtlingspolitik, der Visagewährung, der Zuwanderung, der Sicherung der europäischen Außengrenzen zugunsten der Gemeinschaftsmethode, wie sie vom Verfassungskonvent im Entwurf eines Verfassungsvertrags vorgesehen wird.

Die FDP setzt sich für eine einheitliche EU-weite Regelung des Asylrechts auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention ein. Grundlage hierfür sollen das Asylrecht und die Rechtsweggarantie sein. Die FDP setzt sich außerdem dafür ein, die überaus bürokratischen Erfordernisse der Arbeitserlaubnis abzuschaffen. Diejenigen, die sich auf rechtlicher Grundlage innerhalb der Europäischen Union aufhalten, haben auch das Recht, eine bezahlte Arbeit aufzunehmen.

Zur Sicherung der europäischen Außengrenzen ist eine europäische Grenzpolizei notwendig, an der sich die Mitgliedstaaten beteiligen werden. Die FDP fordert einen schnellen Aufbau der Grenzpolizei zur Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union mit guter Ausstattung und Ausbildung zur Bewältigung der auch schwierigen menschlichen Situationen. Dem Bundesgrenzschutz kommt für den Beitrag Deutschlands dabei eine wichtige Aufgabe zu.

Mit der Osterweiterung und der Verlagerung der Außengrenzen nach Osten rückt Deutschland in eine geographisch zentrale Lage. Der europäische Binnenmarkt mit dem freien Verkehr von Waren und Personen bringt dem deutschen Wirtschaftsexport große Zukunftsperspektiven

und die Menschen näher zueinander. Damit es bald keine Binnengrenzen mehr gibt, muss zum Ausgleich des Wegfalls der bisherigen Grenzkontrollen der Schengenmechanismus greifen, der einen umfassenden Datenaustausch, einheitliche Visaregelungen und funktionierende Kontrollen im bisher grenznahen Bereich vorsieht. Die FDP fordert, die neuen Mitgliedstaaten beim Aufbau der technischen und personellen Voraussetzungen zur Sicherung des Schengenraums zu fördern und die Kontrolle des Umgangs mit den Daten zu verbessern.

Eine besonders verwerfliche Form der grenzüberschreitenden Kriminalität ist der Menschenhandel, besonders von Mädchen und Frauen. Bei diesem Sklavenhandel des 21. Jahrhunderts werden auch schon Minderjährige zur Prostitution gezwungen. Ursachen für diese unwürdige und entwürdigende Kriminalitätsform sind der große Profit in Milliardenhöhe und das Wohlstandsgefälle, häufig die existenziellen Nöte der Frauen. Die FDP fordert ein umfassendes europäisches Konzept gegen den Menschenhandel, von der Aufklärung über die menschenverachtenden Praktiken der Menschenhändler, über grenzüberschreitende Zusammenarbeit bis zu Zeugenschutzprogrammen für die Opfer, damit sie sicher genug sind, um als Zeuginnen im Prozess gegen Menschenhändler auszusagen.

Einheitliche Standards zum Schutz der Grundrechte

Auch die Justiz muss in der erweiterten Europäischen Union intensiver zusammenarbeiten. Die FDP fordert Mehrheitsentscheidungen in der Innen- und Justizpolitik. Eine Europäische Staatsanwaltschaft mit Leitungsbefugnis gegenüber der europäischen Polizei Europol muss geschaffen werden und in der Europäischen Union die Ermittlungen koordinieren. Für die weitere europäische Integration in diesem Bereich müssen einheitliche rechtsstaatliche Standards und Rechtsschutzgarantien in der Europäischen Union geschaffen werden.

Die FDP fordert, dass der Europäische Haftbefehl dringend nachgebessert wird. Zunächst müssen einheitliche Mindeststandards zur Achtung der Rechte des Bürgers geschaffen werden, bevor mit dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung die Auslieferung auch deutscher Staatsangehöriger in Mitgliedstaaten mit vollkommen anderen Rechtsordnungen erfolgen kann.

Die FDP fordert:

- **dass der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Europäischen Union dem Bürger sein Recht zur freien Bewegung, Mobilität und Achtung der Privatsphäre in der Politik der inneren Sicherheit gewährt**
- **dass die Durchsetzung des Rechtsschutzes in der Europäischen Union verbessert und der Europäische Gerichtshof so ausgebaut wird, dass er die neuen Aufgaben effektiv wahrnehmen kann**
- **einen schnellen Aufbau der Grenzpolizei zur Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union mit guter Ausstattung und Ausbildung zur Bewältigung der auch schwierigen menschlichen Situationen. Dem Bundesgrenzschutz kommt für den Beitrag Deutschlands dabei eine wichtige Aufgabe zu**
- **die neuen Mitgliedstaaten beim Aufbau der technischen und personellen Voraussetzungen zur Sicherung des Schengenraums zu fördern**
- **ein umfassendes europäisches Konzept gegen den Menschenhandel, von der Aufklärung über die menschenverachtenden Praktiken der Menschenhändler, über grenzüberschreitende Zusammenarbeit bis zu Zeugenschutzprogrammen für die Opfer, damit sie sicher genug sind, um als Zeuginnen im Prozess gegen Menschenhändler auszusagen**

- **dass die Europäische Staatsanwaltschaft Leitungsbefugnis gegenüber der europäischen Polizei Europol hat. Für die weitere europäische Integration in diesem Bereich müssen einheitliche rechtsstaatliche Standards und Rechtsschutzgarantien in der Europäischen Union geschaffen werden**
- **dass der Europäische Haftbefehl dringend nachgebessert wird und die Rechte der Bürger besser beachtet und durchgesetzt werden können.**

14. AUSSENPOLITIK UND ENTWICKLUNGSPOLITIK: WIE MACHT EUROPA DIE WELT SICHERER UND GERECHTER?

Die FDP streitet für eine werteorientierte europäische Außenpolitik. Grundlage ist dabei eine den Menschenrechten und der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und Sozialen Marktwirtschaft sowie eine dem Ausgleich zwischen Süd und Nord verpflichtete Politik.

Die EU muss auf internationale Konflikte schnell und gemeinsam reagieren

Europa muss in der Lage sein, in Konfliktfällen schnell, gemeinsam und flexibel zu reagieren. Ziel ist es, durch wirksam vorbeugende Diplomatie Konflikte zu vermeiden. Bündnisfähigkeit - sowohl im Rahmen der NATO als auch in einer sich mehr und mehr der Sicherheits- und Verteidigungsdimension öffnenden Europäischen Union - ist für die FDP unverzichtbarer Teil deutscher Staatsraison. Jegliche Renationalisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen würde einen unverantwortlichen Rückschritt bedeuten. Sie kommt für die FDP nicht in Frage. Deshalb lehnen wir den sogenannten "deutschen Weg" sowohl als Politikentwurf als auch als Ausdruck vermeintlich gestärkten deutschen Selbstbewusstseins in der internationalen Politik ab. Der Bezugsrahmen deutscher Außenpolitik sind und bleiben die europäische Integration und die nordatlantische Allianz sowie OSZE und Vereinte Nationen als Systeme kooperativer Sicherheit in Europa und in der Welt. Die FDP tritt für einen eigenen ständigen Sitz für die Europäische Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein.

nen z.B. Firmen nicht dafür haftbar gemacht werden, dass Gewerkschaften in China verboten sind. Die FDP begrüßt aber ausdrücklich die freiwilligen Selbstverpflichtungen vieler multinationaler Firmen im Bereich der Menschenrechte und der Kernarbeits- und Sozialnormen. Eine Sondersteuer auf Devisentransaktionen – die so genannte „Tobin-Steuer“ – lehnt die FDP ab.

Die Herausforderungen der WTO und die EU-Osterweiterung müssen durch marktwirtschaftliche Reformen der Europäischen Agrarpolitik begleitet werden. Die WTO-Runde hat sich im Agrarbereich durch den Beschluss zum Abbau der Exportstützungen, zur Erleichterung des Marktzugangs und zu einem Umbau der internen Stützmaßnahmen weitgehend festgelegt. Die Industrieländer, vor allem die Europäische Union, USA und Japan, müssen sich beim Abbau von Zöllen, Subventionen und anderen Handelshemmnissen, insbesondere bei landwirtschaftlichen Produkten und im Textilbereich, noch stärker bewegen. Die FDP fordert einen konkreten Zeitplan für das Ende der Handelshemmnisse und Marktregulierungen, die den Markt erheblich und besonders zu Lasten der Entwicklungsländer verzerrt haben.

Der Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen den Ländern des Nordens und des Südens ist eine wichtige Voraussetzung für eine sichere und stabile Welt.

Mehr Handel und verbesserter Marktzugang für Entwicklungsländer sind die wirkungsvollste Entwicklungshilfe. Wettbewerb und freier Welt-handel sind die Grundlage für Wohlstand in allen Ländern der Welt. Freier Handel ist die Lösung – nicht das Problem.

Liberaler Entwicklungspolitik setzt auf Kreativität, Kraft und Verantwortung der Menschen und will jedem Einzelnen größtmögliche Chancen ermöglichen. Dazu müssen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie persönliche und wirtschaftliche Freiheit durchgesetzt werden. Nur so kann die Armut in den Entwicklungsländern nach-

haltig bekämpft werden. Wichtig gerade für die armen Länder sind auch Investitionsschutz-Abkommen: Investoren benötigen Rechtssicherheit, wenn sie Unternehmen, Infrastruktur oder Bildungseinrichtungen aufbauen und damit Arbeitsplätze und Einkommen in einem armen Land schaffen.

Liberaler Außen- und Entwicklungspolitik setzt auch international weiter auf die Stärke des Rechts vor dem Recht des Stärkeren. Deswegen will sie die Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen fortentwickeln und stärken. Die Weltbank soll sich wieder auf ihre entwicklungspolitischen Aufgaben konzentrieren und der Internationale Währungsfonds IWF auf seine klassischen währungspolitischen Ziele. Gerade beim IWF müssen kurzfristige politische Überlegungen einzelner Anteilseigner stärker zurücktreten, damit Stabilitäts- und Wachstumsorientierung wieder wichtiger werden.

Die Entwicklungsländer stehen aber auch selbst in der Verantwortung durch den Aufbau von Demokratie, Marktwirtschaft und funktionierender Rechtssysteme eine Entwicklung ihrer Länder zu ermöglichen. Die EU soll durch Zugeständnisse im Handelsbereich und Entwicklungshilfe die Chance zur Entwicklung geben. Die Chance muss aber auch wahrgenommen werden. Leider gehört es zur Realität der Entwicklungspolitik, dass viele Entwicklungschancen nach wie vor durch korrupte, autoritäre Regime verspielt werden. Die EU muss klarer als bisher machen, dass sie nicht bereit ist solche Regime durch Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen.

Die FDP fordert:

- **den Aufbau gemeinsamer europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl**
- **die Einführung des Mehrheitsprinzips für Entscheidungen im Rahmen der GASP**

- **den Aufbau eines europäischen diplomatischen Dienstes**
- **dass die Bemühungen um weiter gehende institutionelle Reformen der Welthandelsrunde (WTO) als Organisation und Verhandlungsforum nach dem Scheitern der Verhandlungen in Cancun verstärkt fortgesetzt werden**
- **einen konkreten Zeitplan der WTO für das Ende von Handelshemmnissen und Marktregulierungen, die den Markt erheblich und besonders zu Lasten der Entwicklungsländer verzerrt haben**
- **dass die europäische Entwicklungshilfe an die Einhaltung der Menschenrechte und Good Governance in den Empfängerländern geknüpft wird**
- **ein klares Bekenntnis zur sicherheitspolitischen Dimension innerhalb der historischen Verbindung zwischen Europa und Amerika.**

EUROPA VON GENERATION ZU GENERATION

Europa lag 1945 in Schutt und Asche. Nach der harten Arbeit des Wiederaufbaus und durch die europäische Integration sind wir zu einem in unserer Geschichte nie da gewesenen Wohlstand, zu Frieden und Freiheit gekommen. Das ist vor allem das Verdienst der älteren Generation. Ihre Leistungen zu bewahren und auszubauen ist die Pflicht der Jüngerer.

Deshalb kämpft die FDP für ein liberales Europa:

- **für ein Europa der Freiheit:**

Freiheit und gemeinsame Werte haben Vorrang. Sie dürfen sich nicht auf die Erwähnung in der Grundrechtecharta beschränken, sondern müssen den Geist der gesamten Verfassung bestimmen. Europa muss geprägt sein von einem **Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten** um die besten Politikkonzepte statt zwanghafter Einheitslösungen aus Brüssel.

- **für ein Europa des Friedens:**

Europa muss seine Rolle in der Welt aktiv wahrnehmen. Dazu ist eine **gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU dringend erforderlich.**

- **für ein Europa der Bürger:**

Europa braucht Bürgernähe, Deregulierung und weniger Bürokratie sowie eine größtmögliche Transparenz der Entscheidungsprozesse. Das Subsidiaritätsprinzip muss dabei strikt eingehalten werden ("soviel dezentral wie möglich, so wenig zentral wie nötig").

- **für ein Europa des Marktes:**

Europa braucht eine **Soziale Marktwirtschaft** unter fairen Bedingungen.

- **für ein Europa der Stabilität:**

Markenzeichen Europas muss eine **stabile Währung** sein.

Sie können Europa besser machen: Wählen Sie uns!

Die FDP wird im Europaparlament für eine freie demokratische Europäische Union kämpfen. Für dieses Europa der Freiheit steht nur die FDP.